



Ein neuer Regierungsentwurf sorgt für Empörung: Plastikbesteck und -geschirr sollen wieder in französische Schulkantinen und Kindertagesstätten zurückkehren. Nachdem sie erst Anfang 2025 verboten wurden, plant die Regierung nun eine Kehrtwende – zum Entsetzen von Umweltverbänden und Eltern.

Ein Schritt zurück?

Die Entscheidung steht im Widerspruch zu den Umweltgesetzen „Egalim“ (2018) und „Agec“ (2020), die die schrittweise Abschaffung von Einweg- und Plastikgeschirr vorsahen. Die Regelungen waren ein Meilenstein im Kampf gegen Kunststoffverschmutzung. Nun sollen zumindest wieder Messer, Gabeln und Teller aus Kunststoff erlaubt werden – allerdings nur in der wiederverwendbaren Variante.

Die öffentliche Konsultation zu diesem Dekret läuft seit dem 20. Februar und endet am 14. März. Die ersten Reaktionen sind eindeutig: Wütende Kommentare überschwemmen die Website des Umweltministeriums. Ein Nutzer bringt es auf den Punkt: „Das ist eine ökologische Katastrophe und eine Gefahr für unsere Kinder.“

Gefährliches Plastik?

Umweltverbände schlagen Alarm. „Das ist ein Rückschritt in Sachen Gesundheit und Umweltschutz“, kritisiert Tania Pacheff von der Organisation *Cantines sans plastique*. Sie weist darauf hin, dass Plastik – unabhängig von seiner Wiederverwendbarkeit – problematische Stoffe enthalten kann.

„Plastik enthält Moleküle, die gesundheitsschädlich sein können“, warnt sie. Besonders beim Kontakt mit heißen Speisen oder bei kleinen Kratzern könnten winzige Kunststoffpartikel freigesetzt und von Kindern aufgenommen werden.

Für viele Beobachter ist die Sache klar: Die Regierung gibt dem Druck der Kunststofflobby nach.

Eine juristische Grauzone?

Das Umweltministerium verteidigt das Dekret mit einer „notwendigen juristischen Korrektur“. Bisher fielen nur „Lebensmittelbehälter“ unter das Verbot – Teller und Besteck seien jedoch formal keine Behälter. Diese Lücke hätte die Plastikindustrie nutzen können, um gegen das ursprüngliche Verbot zu klagen.



Joseph Tayafeh, Generalsekretär der Lobbyorganisation *Plastalliance*, bestätigt diesen juristischen Kampf: „Wenn ein Gesetz unseren Unternehmen schadet und rechtliche Schwächen hat, dann greifen wir es an.“ Laut ihm verstößt Frankreich sogar gegen europäisches Recht, indem es striktere Regeln einführt als die EU vorgibt.

Ein Kampf, der weitergeht

Die Umweltverbände geben sich jedoch nicht geschlagen. „Wir haben so lange für diese Gesetze gekämpft, wir werden nicht tatenlos zusehen, wie sie verwässert werden“, betont Pacheff.

Ob das Dekret tatsächlich in Kraft tritt, bleibt abzuwarten. Doch eines ist sicher: Der Kampf um Plastik in Frankreichs Schulkantinen ist noch lange nicht vorbei.

Von C. Hatty